

Kür für die Hochschule

Von **Sabine Etzold**

30. Juni 1995 / Quelle: DIE ZEIT, 27/1995

AUS DER ZEIT NR. 27/1995



Die Strategie war erfolgreich, das Konzept ist aufgegangen: Die Leipziger Tagung zum Thema "Hochschulzugang in Deutschland" hat jetzt mit einem alten Vorurteil über das deutsche Bildungswesen aufgeräumt. "Einer Mitwirkung der Hochschulen an der Entscheidung über den Hochschulzugang steht verfassungsrechtlich nichts entgegen", lautete das Fazit der Veranstaltung, die vom sächsischen Wissenschaftsministerium und vom Centrum für Hochschulentwicklung, einem Kind der Bertelsmann- Stiftung, ausgerichtet wurde.

Wer mit der Verwinkelung deutscher Bildungspolitik vertraut ist, für den bedeutet dieser dürre Satz eine kleine Sensation. Damit wird die Abkehr vom Abitur als nominell immer noch einzig legitimen Ausweis der Hochschulreife möglich - und auch den Universitäten ein Weg eröffnet, sich ihre Studenten künftig selbst suchen zu dürfen. Schon lange wird ja gestritten, ob das Abitur allein heute noch ausreicht, um seine Absolventen als "studierfähig" an die Hochschulen zu schicken. Während die Kultusminister gerade wieder einmal an der Verbesserung der Reifeprüfung basteln (siehe den nebenstehenden Bericht), wagte man sich in Leipzig aus der anderen Richtung an das Problem heran. Warum sollen die Universitäten nicht - wenn sie schon über die mangelnde Schulbildung der Abiturienten klagen - selbst befinden, wem sie ein erfolgreiches Studium zutrauen?

Voraussetzung dafür ist allerdings, daß jeder Fachbereich genau weiß, welche Studenten er bevorzugt. Er muß also ein klares Fachprofil vorweisen. Für die Studenten brächte das den Vorteil, nicht einfach von der ZVS herumgeschoben zu werden, sondern sich ausdrücklich für ein bestimmtes Studienprofil entscheiden zu können. Entgegen der landläufigen Meinung hat man damit auch in Deutschland durchaus gute Erfahrungen gemacht: etwa an den Kunsthochschulen, beim Medizinstudium und nicht zuletzt bei der Privatuniversität Witten/Herdecke.

So verabschiedeten denn die beiden Gastgeber in Leipzig wohl in stillschweigender Übereinkunft mit den meisten Teilnehmern eine "Leipziger Erklärung zum Hochschulzugang". Darin wird eine freie Wahl der Hochschulen durch die Studienbewerber gefordert und erst dann eine Zuweisung durch die ZVS vorgesehen, wenn ein Bewerber an drei Hochschulen seiner Wahl abgewiesen worden ist.

STARTSEITE › [<https://www.zeit.de/index>]